

Miszellen

KARL DIETRICH BRACHER

DAS ANFANGSSTADIUM DER HITLERSCHEN AUSSENPOLITIK*

Für den Versuch, die wirkenden Kräfte, den Verlauf und den Charakter jener Perioden zu bestimmen, in denen die geschichtliche Entwicklung in raschere Bewegung gerät oder auf eine Wendung, einen Bruch zusteuert, gewinnt die Art der Fragestellung methodisch wie sachlich besonderes Gewicht. Es ist vor allem das alte Problem des Verhältnisses von Kontinuität und Neueinsatz, von Tradition und Revolution, das an solchen Nahtstellen der Geschichte mit schwer zu lösender Intensität aufbricht und Erfassung wie Beurteilung der historischen Zusammenhänge kompliziert. Die noch keineswegs abgeschlossene, ja, eigentlich erst beginnende wissenschaftliche Diskussion um die deutsche Revolution von 1918/19 ist – um im Bereich der Zeitgeschichte zu bleiben – ganz wesentlich von dieser Problemstellung bestimmt, und wohl noch schärfer tritt sie in jenen Ereignissen zutage, die, ausdrücklich als radikale Gegenantwort auf 1918 und das folgende Experiment einer parlamentarischen Demokratie, 14 Jahre später die nationalsozialistische Revolution auslöst und getragen haben.

Das gilt besonders augenfällig von der innenpolitischen Entwicklung. In ihrem Bereich und getrieben von ihren Impulsen haben sich die großen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts vollzogen. Mit dem Zurücktreten der Kabinettpolitik hinter die innenpolitisch bestimmten Antriebe der Massendemokratien und mit dem Aufkommen totalitärer Herrschaftssysteme hat aber zugleich auch der Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik eine tiefgreifende Wandlung erfahren.¹ Wenn auch die Quellenlage eine durchdetaillierte Darstellung nationalsozialistischer Außenpolitik in ihren Anfängen noch nicht erlaubt, so zeigen doch Einzelbeispiele wie Max Braubachs Studie über den Rheinlandeinmarsch oder auch schon Gordon Craigs und Paul Seaburys freilich korrekturbedürftige Darstellungen des Auswärtigen Amtes unter Neurath,² mit welchem Gewinn für die Beurteilung sowohl der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und Herrschaftsziele wie der Kontinui-

* Vortrag auf dem Historikertag zu Ulm am 14. September 1956. (Ursprünglich unter dem Titel: „Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik“.)

¹ Zum Grundsätzlichen vgl. Hans Rothfels, „Sinn und Grenzen des Primats der Außenpolitik“, in: Außenpolitik 8 (1955), S. 277 ff.; für den Bereich der bolschewistischen Taktik vgl. jetzt z. B. Theodor Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrags, Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922–1926 (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 43), Köln-Opladen 1956, S. 5 ff.

² Max Braubach, Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936, Ein Beitrag zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges (Arbeitsgemeinschaft a.a.O., Heft 54), Köln-Opladen 1956; Gordon A. Craig, „The German Foreign Office from Neurath to Ribbentrop“, in: The Diplomats 1919–1939, Princeton 1953, S. 406–436; Paul Seabury, The Wilhelmstraße, A Study of German Diplomats under the Nazi Regime, Berkeley 1954.

tätsfrage und des Problems der Verflechtung von Innen- und Außenpolitik doch auch diese frühe Phase schon durchleuchtet werden kann.³

So erscheint die Frage nach den Anfängen nationalsozialistischer Außenpolitik in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Sie könnte die verständlicherweise übliche Isolierung der Betrachtung der „Machtergreifung“ auf die innenpolitischen Vorgänge auflockern; sie würde ferner durch den Rückgriff hinter das „klassische“ Datum der Hoßbach-Aufzeichnung vom 5. November 1937 die allzu enge Einschränkung der Diskussion über die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges zu durchbrechen suchen; und sie hätte nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die Einbettung der „Machtergreifung“ in den Rahmen der europäischen Politik die Frage nach den frühen Voraussetzungen der Policy of Appeasement abzuwägen. Noch ein weiteres Problem ist damit aufgeworfen. Man mag fragen, ob für diese Periode sachlich überhaupt von „nationalsozialistischer Außenpolitik“ die Rede sein könne, ob sie nicht vielmehr ganz im Zeichen jener innenpolitischen Umwälzung stand, deren Ablauf die Aktivität der Regierung Hitler zunächst bestimmte. Die weitgehende personelle Kontinuität im Auswärtigen Amt wie in den deutschen Missionen besaß in der Tat ähnliche Funktionen und Wirkungen wie die Übernahme und der kontrollierte Einsatz des kaum veränderten Verwaltungsapparats im Bereich der inneren Politik. Es war eine Kontinuität, die die „Legalität“ des neuen Regimes zu verbürgen schien und dadurch ihre Wirkung auch auf die zögernden inneren wie äußeren Gegner des Regimes nicht verfehlte.

Die Memoiren und Apologien beteiligter Zeitgenossen pflegen denn auch die unerwartet rasche und widerstandslose Umwälzung von 1933/34 vornehmlich durch zwei Thesen zu erklären: durch den Hinweis auf eine angeblich entwaffnende „Legalität“ der Machtergreifung und durch die Behauptung von einer allmählichen Entwicklung Hitlers zum Bösen hin: besonders seine Außenpolitik habe sich erst in den späteren Jahren zu jener freilich gründlichen Entartung ursprünglich positiver Ansätze, jedenfalls gemäßigter oder doch nicht geradezu zerstörerischer Aktivität entwickelt.⁴ Solche Thesen sind, wie ihre ungebrochene Fortdauer lehrt,⁵ nicht leicht zu nehmen. Denn wie Hitlers Abkehr von der Staatsstreich-

³ Den anregendsten, an wertvollen Gesichtspunkten reichen Überblick bietet nach wie vor der Beitrag von Hermann Mau und Helmut Krausnick zu dem Sammelwerk: *Deutsche Geschichte im Überblick*, Stuttgart 1953; jetzt erfreulicherweise auch gesondert erschienen unter dem Titel: *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933–1945*, Tübingen und Stuttgart 1956.

⁴ So etwa – im Sinne einer Selbstrechtfertigung – Franz v. Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 295 ff.; Otto Meißner, *Staatssekretär unter Ebert – Hindenburg – Hitler*, Hamburg 1950, S. 271 ff.; aber auch von militärischer Seite: z. B. Kurt Assmann, *Deutsche Schicksalsjahre*, Wiesbaden 1950, S. 18; 57 f.; Friedrich Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938*, Wolfenbüttel-Hannover 1949, S. 9 ff. und viele andere.

⁵ Die Legalitätsthese liegt besonders den juristischen Kontinuitätsbegründungen (z. B. in der Beamtenrechts- oder jüngst in der Konkordatsfrage) zugrunde und wird bei verschiedenen Anlässen von der Bundesregierung wie einer großen Zahl von Staats- und Völkerrechtlern vertreten.

taktik zum Legalitätskurs nach dem mißglückten Putsch von 1923 die innenpolitischen Fronten zu verwirren und den totalitär-terroristischen Charakter der Machtergreifung zu verschleiern vermochte, so hat außenpolitisch die Zurückstellung der in „Mein Kampf“ formulierten Eroberungspläne, die weit über eine Revision des Versailler Vertrags hinausstrebten, hat die laute Proklamierung eines Friedenskurses in Hitlers großen offiziellen Bekundungen von 1933 an die Erkenntnis und Beurteilung der Geschehnisse erschwert und verwirrt.

Das Problem wird deutlicher und zugleich durchsichtiger, wenn man solche außenpolitischen Erklärungen und Gesten vor dem Hintergrund der Ausführungen sieht, die Hitler ein Jahr zuvor, am 27. Januar 1932, in seinem bekannten Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftsführern im Industrieklub zu Düsseldorf gemacht hat. In Anknüpfung an frühere Andeutungen – wie schon anlässlich der Kritik am Ruhrkampf –⁶ ging Hitler bei diesem Vortrag besonders nachdrücklich von einem Primat der innenpolitischen Neuordnung aus, indem er entgegen der gängigen Auffassung und entgegen dem Brüning'schen Glauben an den Vorrang der außenpolitischen Revisionspolitik⁷ betonte: „Nicht das außenpolitische Primat kann unser inneres Handeln bestimmen, sondern die Art unseres inneren Handelns ist bestimmend für die Art unserer außenpolitischen Erfolge, ja sogar unserer Zielsetzung überhaupt.“ Auch die gegenwärtige Notlage sei nicht eine Folge des Versailler Vertrags, sondern dieser vielmehr die Folge der inneren Fehler; man müsse also, wenn man „überhaupt die Situation bessern will, erst den Wert der Nation wieder ändern“.⁸

Hier liegt das taktische Prinzip der nationalsozialistischen Außenpolitik in der Periode der Machtergreifung, zugleich die Art ihrer Verflechtung mit der rigorosen innenpolitischen Machtbefestigung. In Hitlers Worten: „Wesentlich ist die politische Willensbildung der gesamten Nation, sie ist der Ausgangspunkt für politische Aktionen. Ist diese Willensbildung garantiert . . ., dann kann eine Regierung . . ., auch die Wege wählen, die eines Tages zum Erfolg führen können.“ Deshalb gehe es zuerst um die innenpolitische Überwindung der schwankenden Parteiendemokratie, die eben „niemals fähig“ sei, „diesen Plan wirklich bis zur letzten Konsequenz durchzuführen“. Wie in einer Kompanie vor dem Feind kein freies Koalitionsrecht herrschen dürfe, so müsse der Staat zuerst im nationalsozialistischen Sinne geändert und das Volk zu einer einmütigen Auffassung gebracht werden, bevor man der Tatsache Rechnung tragen könne, „daß ein Volk, um bestehen zu können, seine Kraft nach außen wenden muß“.⁹ Das waren Bekundungen, die in notdürftig konventioneller Verkleidung den natürlichen Vorrang der inneren Machtergreifung vor der Verwirklichung eines in „Mein Kampf“ niedergelegten außenpolitischen Expansionskurses feststellten und propagandistisch in den Satz

⁶ Mein Kampf, Volksausgabe, S. 771 ff.

⁷ Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J. [1932], S. 6f.

⁸ Ebenda, S. 24.

⁹ Ebenda, S. 25f.

ausklingen: „So sehe ich denn das Mittel des deutschen Wiederaufstiegs im Unterschied zu unserer offiziellen Regierung [Brüning] nicht im Primat der deutschen Außenpolitik, sondern im Primat der Wiederherstellung eines gesunden, nationalen und schlagkräftigen deutschen Volkskörpers.“¹⁰

Tatsächlich bezeichnete die Zurückstellung der Innenpolitik zugunsten eines rigorosen Spar- und Durchhalteprogramms und mit der Hoffnung auf die krisenlösende Wirkung außenpolitischer Erfolge eine entscheidende, verhängnisvolle Schwäche des Brüning-Kurses in der Ära der Wirtschaftskrise.¹¹ Wenn dadurch der Zug zur Radikalisierung der Bevölkerung und deren Anfälligkeit für den Aufruf zur Änderung aller Dinge bis zur revolutionsreifen Situation von 1932/33 fortgetrieben wurde, dann schien das nationalsozialistische Rezept eines innenpolitischen Primats der gegebenen Lage geradezu geschichtlich zu entsprechen. Und jedenfalls trägt der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft das Signum solcher Taktik, die denn auch damals – ganz analog der Wirkung der Legalitätstaktik – die Illusion nähren konnte, Hitler werde in der Verantwortung vernünftig werden und nicht auf die ebenso dilettantischen wie maßlosen Entwürfe zurückfallen, die das außenpolitische Programm von „Mein Kampf“ enthielt. Solche auch in der These von der Entwicklung Hitlers enthaltenen Beurteilungen verkennen jedoch den deutlich faßbaren taktischen Charakter der Anfangsphase nationalsozialistischer Außenpolitik; sie unterschätzen auch den Realitätsanspruch des unverändert in Millionenauflagen verbreiteten Kampf-Buches, das man ob seiner Stil- und Formmängel verächtlich beiseite zu schieben pflegte; und sie übersehen den Tenor der nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerungen Hitlers und seiner Umgebung, die – wenn man schon das Zeugnis Hermann Rauschnings anzweifeln will –¹² doch z. B. in der sogleich zu erwähnenden Befehlshaberbesprechung vom 3. Februar 1933 schon keinen Zweifel an der expansionistischen Grundrichtung lassen.

Über diese außenpolitische Doktrin, die jetzt Paul Klukes Analyse der nationalsozialistischen Europaideologie in ihrem Realitätsgehalt bloßgelegt hat,¹³ ist hier im einzelnen nicht zu handeln. Festzustellen bleibt, daß die außenpolitische Taktik zunächst durch die Ziele und Hindernisse der inneren Gleichschaltung bestimmt war. Ihr Kennzeichen war ein verwirrendes Lavieren zwischen Kontinuität und Neueinsatz, zwischen den europäischen Gegebenheiten und den von der innenpolitischen Umwälzung diktierten und zugleich eingeschränkten Fernzielen einer neuen Bündnis- und Expansionspolitik. Aber ihre ersten Ziele, vor allem die Auflösung des kollektiven Völkerbundsystems durch Einzelpakte, eine Bündnisfront

¹⁰ Ebenda, S. 31.

¹¹ Vgl. K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart–Düsseldorf 1955, S. 341 ff.; S. 508 ff.

¹² Besonders in: *Gespräche mit Hitler*, Zürich, Wien, New York 1940, S. 44 ff. u. a.

¹³ Paul Kluke, „Nationalsozialistische Europaideologie“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 240 ff.

mit England und Italien und die Isolierung Frankreichs, zeichneten sich doch schon früh ab, so stark die taktischen Rücksichten und so empfindlich die Rückschläge auch sein mochten.

*

Dieser erste Grundzug hat nun freilich eine bedeutsame Kehrseite, die im Ansatz schon die spätere Position nationalsozialistischer Außenpolitik vorzeichnet. Die Potentialität zum Umschlagen lag in der Tatsache, daß ein wesentlicher Teil der neuen Innenpolitik letztlich doch Funktion der neuen Außenpolitik zu werden bestimmt war. Wie in Hitlers Vortrag vor dem Industrieklub ausgesprochen und zuvor schon mit monotoner Wiederholung in „Mein Kampf“ und anderwärts betont, sollte der Primat der Innenpolitik gerade jene Voraussetzung psychischer, organisatorischer und militärischer Bereitschaft schaffen, aus der heraus erst die Verwirklichung der Expansions- und Herrschaftsziele möglich würde. Auch nach Görings Zeugnis in Nürnberg galt Hitlers stärkstes Interesse ja stets der Außenpolitik und mit ihr der Wehrpolitik.¹⁴ In diesem Sinne verband sich der Zweck der Machtergreifung und Machtbefestigung dem Ziel einer steten Steigerung zunächst noch verhaltener, dann ausgreifender und auf die Innenpolitik zurückwirkender Außenpolitik, die in der Tat schon wenige Jahre später tief und bestimmend in alle Lebensbereiche eingriff, um schließlich auf dem Weg zum totalen Krieg zugleich als wichtigstes Mittel totaler, auf unbegrenzte Dynamik gegründeter Herrschaft zum alleinigen Maßstab der Politik zu werden.

Den augenfälligsten und wichtigsten Ansatzpunkt für eine solche Entwicklung bot der militärische Bereich. Von den zahlreichen Zeugnissen, die hierfür herangezogen werden können, seien nur die Aufzeichnungen des damaligen Generalleutnants Liebmann erwähnt. Auf dem Hintergrund des schwerwiegenden Interessenbündnisses zwischen Reichswehrführung und nationalsozialistischer Politik wird hier geradezu eine methodische Zeit- und Aktionstafel der nationalsozialistischen Taktik sichtbar, die die Stufen sowohl des Verhältnisses von Wehrmacht und Politik wie des außenpolitischen *modus procedendi* vorzeichnet. Das gilt besonders von den Ausführungen, die Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine in der Wohnung des doch keineswegs nationalsozialistisch gesinnten Chefs der Heeresleitung, des Generals v. Hammerstein, schon am 3. Februar 1935 gemacht hat. Ihr Leitgedanke war die Konzentrierung der gesamten Staatsführung auf Wiedergewinnung der politischen Macht, zunächst durch die „völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände“, die rücksichtslose Zerschlagung von Pazifismus und Marxismus, die Schaffung einer absoluten Kampf- und Wehrbereitschaft des ganzen Volkes durch „strafste autoritäre Staatsführung“; erst nach Festigung der politischen Macht, als deren wichtigste Voraussetzung Hitler hier den Aufbau der Wehrmacht bezeichnete, konnte dann, ausgehend vom Kampf gegen

¹⁴ IMT Bd. IX, S. 174.

Versailles, die außenpolitische Aktivität bis zur „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung“ fortgetrieben werden.¹⁵

Hier war schon offen ausgesprochen, in welchem Verhältnis nationalsozialistische Innen- und Außenpolitik zu sehen und wie bewußt die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen dieser Anfangsjahre nur als [sic!] „Aushilfsmittel“ vorübergehender Art vorgeschoben waren. Hitlers Schlußsätze, die den bemerkenswert unverhüllten Tenor der Ansprache durch einen Appell an die Eigeninteressen und das Nationalgefühl der Militärs überwölbten, unterstrichen diesen Doppelaspekt nationalsozialistischer Machtpolitik durch die Versicherung, die Wehrmacht werde überparteilich und von inneren Auseinandersetzungen unberührt bleiben. Die gefährlichste Periode sei die ihres Wiederaufbaus; da werde sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner habe: „Wenn ja, wird es uns nicht Zeit lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).“

Damit ist zugleich der kritische Punkt und die erste Funktion nationalsozialistischer Außenpolitik in ihren Anfängen angedeutet. Ohne die zweite Stufe einer aktiven Verwirklichung der Expansionspläne mit der Unterordnung aller wirtschafts- und innenpolitischen, aller sozialreformerischen und ideologischen Belange je aus dem Auge zu verlieren, hatte die Außenpolitik sich zunächst den Erfordernissen der inneren Stabilisierung des totalen Staates zu unterwerfen, bis diese dann die militante Wendung nach außen tragen konnte. Methodisches Ziel dieses Prozesses war jene totale Manipulierfähigkeit, die kurz vor ihrem Höhepunkt im Hitler-Stalin-Pakt beispielsweise in einem Schreiben Ribbentrops an seinen Botschafter in Moskau (3. August 1939) ausgedrückt ist: Ribbentrop betont hier, er habe dem sowjetischen Geschäftsträger zu verstehen gegeben, „daß wir in der großen Politik keine Taktik treiben, wie die demokratischen Mächte. Wir hätten die Gewohnheit, auf solidem Boden zu bauen, brauchten auf schwankende öffentliche Meinung keine Rücksicht zu nehmen . . .“.¹⁶

Gewiß liegt dies Zeugnis sechs Jahre später; aber es sei bemerkt, daß sich der Leitgedanke schon in den Verhandlungen um das Reichskonkordat von 1933 findet. Die noch unveröffentlichten Akten des Auswärtigen Amtes, die wichtige Anhaltspunkte auch für die Beurteilung der Kontinuitäts- und Primatsfrage vermitteln, bestätigen dies: so, wenn sich eine zur Instruktion Papens für seine Verhandlungen mit dem Vatikan gefertigte Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 5. April 1933 bewußt auf die volle Handlungsfreiheit berief, die das neue Regime durch das

¹⁵ Veröffentlicht durch Thilo Vogelsang, „Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 434f. Es ist bemerkenswert, daß die prominenten Zuhörer sich noch heute konsequent über die Details der Hitlerschen Ausführungen ausschweigen. So jetzt auch die Erinnerungen von Erich Raeder (Mein Weg, Bd. 1, Tübingen 1956, S. 280f.), in denen mit naiver Genußtuung Hitlers Zusicherungen an das Unabhängigkeitsbedürfnis der Wehrmacht betont werden, die Kundgabe der Fernziele jedoch bewußt verschwiegen ist.

¹⁶ Nazi-Soviet Relations 1939–1941, Washington 1948, S. 38; vgl. auch „Die Gegenwart“ v. 11. 8. 1950, S. 502.

Ermächtigungsgesetz und die Ausschaltung des Reichstags gewonnen habe.¹⁷ Zur Zeit des Ribbentrop-Briefes freilich war die nationalsozialistische Außenpolitik dann längst auch äußerlich sichtbar von ihrer Anfangstaktik über eine Phase der vorbereitenden Aktivität mit der nun offen verstärkten Aufrüstung (1935–1937) zur Strategie der Kriegsdrohung und schließlich Gewaltlösung fortgeschritten.

So sehr ein Überblick über diese Phasen insgesamt den Anspruch der Außenpolitik wieder in den Vordergrund treten läßt und so entschieden auch bestimmte Ansätze der späteren Aufrüstungs-, Expansions- und Kriegspolitik schon seit Beginn des „Dritten Reiches“ entwickelt wurden, so vordringlich erschien in den beiden ersten Jahren doch die taktische Abschirmung des von innen wie von außen angefochtenen neuen Regimes – eine Stufenfolge, die übrigens in den amerikanischen diplomatischen Berichten von 1933 und 1934 schon klar gesehen wurde.¹⁸ Es war angesichts solcher Einsichten kaum zu erwarten gewesen, daß dies Angefochtensein so gar nicht die erhoffte bzw. befürchtete Intensität haben und die innerdeutsche Resistenzfähigkeit wie auch die außenpolitischen Gegenwirkungen so überraschend schwach bleiben würden.

Solche Taktik gleichzeitiger Abschirmung und Vorbereitung mit den Mitteln der Kontinuität und Legalität stützte sich sowohl auf eine Anknüpfung an Argumente und Zielrichtungen der Weimarer Revisionspolitik wie zum andern, sachlich wie psychologisch damit verbunden, auf eine Nutzung jener zwischen Mißtrauen und Besänftigungsneigung schwankenden Wartepolitik der europäischen Nachbarn, die im zwischenstaatlichen Bereich den verhängnisvollen Immobilismus und Illusionismus geradezu wiederholte, der zuvor im Zeichen des Zähmungskonzepts dem Nationalsozialismus innenpolitisch den Weg zur Macht gebnet hatte.

*

Das Problem der Kontinuität stellt sich demnach im Sinne einer Kontinuität der außenpolitischen Fassade. Der Anknüpfungspunkt lag bei der überkommenen Revisionspolitik, das taktische Mittel zur Exekution bei der kaum veränderten Zusammensetzung und Arbeitsweise des Auswärtigen Amtes und besonders bei der Gestalt Neuraths. Denn so selbstsichere Erwartungen Hindenburg und seine Ratgeber mit der Beibehaltung dieses Außenministers der Kabinette Papen und Schleicher verbanden, so deutlich wird aus den Protokollen schon der ersten Kabinettsitzungen die schwache, sich ganz der Hitlerschen Dynamik unterordnende Haltung Neu-

¹⁷ Akten des AA, gestempelte Nr. E 460 619/20; vgl. K. D. Bracher, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, Ein Gutachten zur Frage des geschichtlichen Zusammenhangs und der politischen Verknüpfung von Reichskonkordat und nationalsozialistischer Revolution, Wiesbaden 1956, S. 53; ferner jetzt Hansjakob Stehle, „Motive des Reichskonkordats“, in: Außenpolitik 7 (1956), S. 558 ff.

¹⁸ Peace and War, US Foreign Policy 1931–1941, Washington 1943, S. 191 ff.; besonders S. 211–214 (April 1934).

raths,¹⁹ der zwar über eine reguläre diplomatische Karriere unter der Weimarer Republik verfügte, aber nicht deren elastische Kleinarbeit, sondern eher eine quasi-militärische Bündigkeit des Vorgehens schätzte²⁰ und sich für den neuen Modus des Regierens, Planens und Durchführens noch anfälliger zeigte als die meisten seiner konservativen Kollegen im „Einrahmungs-Kabinett“ von 1933. Auch die Ideologie der Beschwichtigung, des „Schlimmeres-Verhüten-Könnens“, vermag kaum die Tatsache zu verdecken, daß Neurath auf seinen nichtnationalsozialistischen Namen die Verantwortung für eine Außenpolitik nahm, die er nicht gemacht hat. Gewiß waren die für die nationalsozialistische Herrschaftstechnik überhaupt so charakteristischen Parallel-Organisationen wie die Büros von Ribbentrop und Rosenberg, die NS-Auslandsorganisation, auch das Propagandaministerium, die ihrerseits erbitterte Kompetenzkonflikte ausfochten, zunächst fast nur als potentielle Bedrohung des Auswärtigen Amtes wirksam; auch das soeben veröffentlichte Tagebuch Alfred Rosenbergs läßt dies erkennen.²¹ Aber solche Taktik des Gegeninandrausspielens drängte das Auswärtige Amt doch schon in die Rolle eines vorwiegend „technischen Apparats“,²² bevor noch die dauernden Interventionsaktionen der Partei abgelöst waren durch den offiziellen Einzug der Diplomatie Ribbentrop-scher Prägung auch in dieses Amt, das sich so selbstbewußt als konservativen Träger außenpolitischer Tradition und Kontinuität gefühlt hatte. Dies wurde besonders spürbar in der Behandlung der Österreich-Frage, die Hitler von Anfang an ausdrücklich sich selbst vorbehalten hatte; es war zunächst das einzige Gebiet, auf dem „aktive Außenpolitik“ getrieben wurde.

Wohl hat das Auswärtige Amt zunächst und z. T. auch noch späterhin ein gewisses Maß an Eigengewicht und bremsender Wirkung zu bewahren vermocht. Aber Neuraths optimistische Lagebeurteilung, jenes Selbstbewußtsein des sich dem nationalsozialistischen Dilettantismus überlegen fühlenden „Fachmanns“, das sich in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter im Februar 1933 auf das Gewicht der konservativen Sicherungen berief²³ und seinen Eindruck vor allem auf die englische Seite nicht verfehlte, kam letztlich doch mehr Hitlers Taktik als echter Kontinuität oder gar einem Widerstand zugute: der Taktik nämlich, durch Beibehalten und Verschieben altangesehener Diplomaten dem neuen Regime Kredit zu verschaffen und die Appeasement-Illusionen zu fördern. In diesem Sinne ließ Hitler zunächst auch die vom Schleicher-Kabinett überkommenen Abrüstungsverhandlungen fortführen, ging in der Rede vom 17. Mai 1933 sogar noch hinter den

¹⁹ So z. B. in den Kabinettsitzungen v. 15. und 20. März 1933 (IMT Bd. XXXI, S. 407; S. 415). Ähnlich anlässlich des Austritts aus dem Völkerbund, wie selbst Franz v. Papen (a.a.O., S. 534f.), besonders nachdrücklich aber Rudolf Nadolny bestätigt: Mein Beitrag, Wiesbaden 1955, S. 139f.

²⁰ Einige bezeichnende Züge dieser Haltung verdeutlicht der kritische Nachruf „Konstantin v. Neurath“, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung v. 18. August 1956, S. 2.

²¹ Hans-Günther Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40, Göttingen 1956, S. 17ff.

²² So auch der Ausdruck von Ernst v. Weizsäcker, Erinnerungen, München 1950, S. 129.

²³ British Documents, 2nd. series, vol. IV, S. 406f.

Standpunkt der deutschen Delegation in Genf zurück und versicherte ausdrücklich dem Delegationschef Nadolny, er verstehe nichts von Außenpolitik und habe dafür auch niemanden in der Partei. Um Nadolny zu zitieren: „Zunächst müßte er [Hitler] ganz Deutschland nationalsozialistisch machen, und das würde etwa vier Jahre dauern. Erst dann könne er sich um die Außenpolitik kümmern. Außerdem sei das Auswärtige Amt eine Behörde, die nach alten Regeln verwaltet werde, und schließlich müßte er nach obenhin Rücksicht nehmen.“²⁴ Noch deutlicher sind die taktischen Bedingungen und die bremsende Rolle Hindenburgs in einem Gespräch mit Hitler greifbar, das Rosenberg im Mai 1934 notiert hat: Hitler glaube noch „an die Gutwilligkeit Neuraths . . .“, das Auswärtige Amt selbst ist ihm jedoch ‚eine Verschwörergesellschaft‘, er bedauere aber, immer noch gebunden zu sein an die Zusagen bei der Bildung des Kabinetts, wonach der Reichspräsident über Armee und Auswärtiges Amt bestimme. Das erste sei in Ordnung dank Blomberg, das andere nicht. Im übrigen sehe er selbst den Alten so, daß er dies Jahr nicht mehr überleben werde.“ Dann müsse „mit einem Schlage die ganze Kamarilla ausgefegt werden“.²⁵

Nun entsprach das äußere Bild der nationalsozialistischen Außenpolitik in ihren Anfängen gewiß keineswegs dem Gepränge und dem lauten Erfolgsbewußtsein der inneren Machtergreifung. Im Bemühen um die doppelte Aufgabe, vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Fernziele die Anfangstaktik der Abschirmung mit den traditionellen Mitteln zu betreiben, kam es zu bedenklichen Rückschlägen. Der Verlust wichtiger Positionen, die der Beharrlichkeit Weimarer Außenpolitik zu verdanken waren, hat die europäische Lage des neuen Regimes allen Demonstrationen der Stärke zum Trotz wiederholt bedrohlich verschlechtert und zu jenem Auseinanderklaffen von „innerer und äußerer Staatsräson“ geführt, von dem Karl Dietrich Erdmann in seiner Studie über die Locarnopolitik spricht.²⁶ Solche Krisenpunkte bezeichnet etwa das Verhältnis zu Polen im Frühjahr 1933, zum Völkerbund seit Herbst 1933, zu Österreich und Italien im Sommer 1934, dann zu Rußland-Frankreich, und schließlich die Gefahr einer massiven Gegenfront im Frühjahr 1935; dazu kamen die allgemeinen Rückwirkungen des Verfolgungsterrors und der Judenpolitik auf das internationale Klima.

Mit dem Rückzug der von Ley geführten Delegation aus der internationalen Arbeitskonferenz in Genf begann im Juni 1933 die deutsche Selbstisolierung. Gleichzeitig hat das von Mussolini betriebene Experiment eines Viermächtepakts mit Italien, England und Frankreich zwar einige propagandistische Illusionswirkung, aber, abgesehen von der dadurch eingeleiteten Umgestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses, wenig praktische Bedeutung erlangt. Dasselbe galt von dem Abschluß des Konkordats, das sich bald gegen die nationalsozialistischen Interessen auszuwirken begann. Es galt auch für das Verhältnis zur Sowjetunion mit dem

²⁴ Nadolny a.a.O., S. 150f.

²⁵ Alfred Rosenberg [Seraphim] a.a.O., S. 18; S. 20.

²⁶ „Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarnopolitik Stresemanns“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 6 (1955), S. 133ff.

Abbruch der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee sowie der Rüstungsindustrie im Sommer 1933.²⁷ Und im Völkerbund selbst, der doch bisher Gelegenheit nicht nur zu revisionistischer Kontaktverbesserung, sondern zur wirkungsvollen Vertretung deutscher Minderheiteninteressen geboten hatte, sah sich die deutsche Delegation durch die begründete Anprangerung nationalsozialistischer Terrorakte ins Unrecht gesetzt und gedemütigt; Versuche des im September 1933 eigens nach Genf gereisten Propagandaministers Goebbels, auch den Völkerbundsapparat für die eigenen Zwecke zu benützen, erreichten das Gegenteil,²⁸ und in dieser Zwangslage, nicht nur im Abrüstungskonflikt, liegt ein wesentlicher Grund für den überstürzten Austritt aus dem Völkerbund. Die Art, wie dies geschah, gegen den Rat und ohne Wissen des zuständigen Delegationschefs,²⁹ ließ schon jene Selbstherrlichkeit Hitlers gegenüber Neurath und dem diplomatischen Apparat erkennen, die den raschen Schwenkungen nationalsozialistischer Außenpolitik in den folgenden Jahren das Gepräge gegeben hat. Für die nationalsozialistische Propaganda, die für die Abschirmung durch ein Plebiszit sorgte und die „Abkehr vom Westen“ proklamierte,³⁰ sollte es ein Erfolg des neuen Kurses sein; aber die negativen Aspekte überwogen doch aufs fühlbarste. Man hatte sich damit der Genfer Möglichkeiten begeben, die Isolierung verschärft und den Völkerbund in die Rolle einer feindlichen Koalition gedrängt, in die nun auch die Sowjetunion nach langer internationaler Ächtung Aufnahme fand.

Während so der Revisions- und Kontinuitätsgedanke allen nationalsozialistischen Friedensbeteuerungen zum Trotz entscheidende Rückschläge erlitt, waren doch auch die hier zur Entfaltung drängenden nationalsozialistischen Impulse nichts weniger als erfolgreich. Am sichtbarsten wurde dies im Verhältnis zu Österreich und Italien, dem doch nach Hitlers Anschluß- und Bündnisplänen die vordringliche Aufmerksamkeit gelten sollte. Mit der Ermordung Dollfuß' im Sommer 1934 waren die Beziehungen zu beiden Ländern auf einem Tiefpunkt angelangt,^{30a} der, im Widerspruch auch zu der hoffnungsträchtigen Systemverwandtschaft der drei autoritär regierten Staaten, die Entwicklung zur Selbstisolierung der nationalsozialistischen Außenpolitik noch nachdrücklicher bloßlegte und beschleunigte.³¹ Damit und mit dem französisch-italienischen Abkommen vom Januar 1935 waren nicht nur die

²⁷ Vgl. Helm Speidel, „Reichswehr und Rote Armee“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 40f.

²⁸ Vgl. Max Beer, Die Auswärtige Politik des Dritten Reiches, Zürich 1934, S. 80f.

²⁹ Dazu Nadolny a.a.O., S. 140f.

³⁰ Vgl. z. B. die Ausführungen, die der (nachmals berüchtigte) damalige Gauleiter von Ostpreußen diesem Ereignis widmete: Erich Koch, „Abkehr vom Westen (Bilanz nach dem 12. November 1933)“, in seinem Buch: Aufbau im Osten, Breslau 1934, S. 183 ff.

^{30a} Auch die Lagebeurteilung, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (v. Bülow) damals in vertraulichen Aussprachen mit dem Generalstabschef (Beck) entwickelte, war im Sommer 1934 besonders negativ; vgl. Becks Aufzeichnungen in: Wolfgang Foerster, Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg, München 1955, S. 53f.

³¹ Am ausführlichsten, aber in vielen Punkten anfechtbar Ulrich Eichstädt, Von Dollfuß zu Hitler, Wiesbaden 1955, S. 22ff.; abgewogener die Beurteilungen von Walter Goldinger und Adam Wandruszka in: Geschichte der Republik Österreich, München 1954.

zunächst so hoffnungsvoll betriebenen Bemühungen um eine Gemeinschaftsfront von Faschismus und Nationalsozialismus, sondern sogar die guten Beziehungen der Weimarer Republik zu Italien wie Österreich abgebrochen.

Selbst im Fall der Rückgliederung des Saargebiets, die doch – nach der Räumung des besetzten Rheinlandes – schon durch die Außenpolitik der Weimarer Republik gesichert war und als reife Frucht in die Hände der nationalsozialistischen Propaganda fiel, waren neue Komplikationen aufgetreten, als deren Folge es jetzt plötzlich wieder ein „Saarproblem“ auf internationaler Ebene gab. Auch der Widerstandswille der deutschen Emigration im Saarland wirkte auf das Wiederaufflammen einer längst abgeschlossenen internationalen Diskussion hin und verstärkte eine für die Fortdauer der Völkerbundherrschaft eintretende, durch verschiedenste nicht-nationalsozialistische Gruppen getragene „Freiheitsfront“. Solche Entwicklungen haben dem Ereignis der Rückgliederung seine ursprüngliche Bedeutung für eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen genommen, wenn auch die Komplikationen schließlich in dem gestellten oder irreführenden Nationaljubel des Saarabstimmungssieges untergingen, angesichts dessen Laval dann vorübergehend einzulenken suchte.³²

Nur an einer Front schien den Bemühungen um Ersetzung eines internationalen Sicherheitssystems durch bilaterale Bündnisse Erfolg beschieden: im Nichtangriffspakt mit Polen. Sehr wesentlich aus Hitlers Plan künftiger Ostexpansion, zum Teil auch aus der traditionellen Nervosität der deutschen Militärs gegenüber der Drohung einer polnischen Militäraktion im Augenblick der Krise erwachsen, hat dieser Pakt der greifbaren Furcht vor einem französisch-polnischen Zusammenwirken gegen das neue Regime, die besonders in der ungesicherten Lage vom Frühjahr 1933 aktuell erschienen war,³³ die Spitze zu nehmen gesucht. Aber auch in dieser nach dem Völkerbundscoup zweiten Sonderaktion, die zum Hauptargument der Hitlerschen Friedensreden wurde, überwogen doch die negativen Aspekte. Auch hier der verlustreiche Bruch mit der Revisions- und Minderheitenpolitik der Weimarer Ära, zugunsten einer bedenkenlosen „Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen“;³⁴ sichtbar etwa in der ferngelenkten Schwenkung des neuen nationalsozialistischen Regierungskurses in Danzig, der nicht nur die eigenen Befreiungsparolen, sondern auch die von der Republik und über den Völkerbund erreichten Verhandlungserfolge zunächst kurzerhand preisgab.³⁵ Nicht weniger bedeutsam war

³² Zusammenfassend Helmut Hirsch, *Die Saar von Genf*, Bonn 1954.

³³ Dazu Hans Roos, „Die Präventivkriegspläne Pilsudskis von 1933“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 344–363, und Richard Breyer, *Das deutsche Reich und Polen 1932–1937*, Würzburg 1955, S. 71 ff.; vgl. auch Heinrich Brüning in seinem Brief an Rudolf Pechel (*Deutsche Rundschau* 70, 1947).

³⁴ Vgl. jetzt die besonders auf die deutschbaltische Volksgruppe in Lettland abgehobene Untersuchung von Hans v. Rimscha, „Zur Gleichschaltung der deutschen Volksgruppen durch das Dritte Reich“, in: *HZ* 182 (1956), S. 29 ff.

³⁵ Die Schwierigkeiten werden auch in der offiziellen Publizistik deutlich; vgl. etwa: *Das nationalsozialistische Gewissen in Danzig. Nach Reden und Niederschriften des Gauleiters von Danzig Albert Forster*, Danzig 1936.

die Rückwirkung auf die allgemeine europäische Mächtekonstellation, insofern die deutsch-polnische Sonderunternehmung die russische Neuorientierung beschleunigte und der Sowjetunion den Weg in den Völkerbund und in Frankreichs Gegenlager öffnete. Der entschiedene Bruch mit der bisherigen Außenpolitik hat durch den Abbau der Weimarer Revisionstaktik, für die der deutsch-russische Druck auf Polen ein wichtiges Mittel war, an Schärfe noch gewonnen.

*

Ohne hier in Einzelbewertungen einzutreten, darf man doch als Ergebnis des verwirrenden Durcheinanders von nationalsozialistischen Ansätzen, Festhalten an einer Teilkontinuität und Bedürfnissen eines vorläufigen Primats der Innenpolitik vermerken, daß gemessen an den überkommenen Möglichkeiten, aber auch verglichen mit den Axiomen der nationalsozialistischen Doktrin die „neue“ Außenpolitik in den ersten beiden Jahren wenig Profit und Erfolg aufzuweisen hatte. Eine fast hoffnungslose Isolierung war der Preis für die einzige, um so bedeutsamere Funktion, die sie zu erfüllen vermochte: die Abschirmung der inneren Machtergreifung von 1933/34. Gewiß hatte England sich schon in den Abrüstungsverhandlungen dieser Periode anpassungs- und einlenkungswillig gezeigt; auch die entsprechende Haltung Simons und Edens Hitler gegenüber, die seit Anfang 1934 auch ihre Wirkung auf Barthou und Laval nicht verfehlte,³⁶ zielte in diese Richtung. Aber erst im Frühjahr 1935, zu einem Augenblick, da die hinter dieser Abschirmung angelaufene Aufrüstung und nun offene Verletzung der Versailler Militärbestimmungen die lange zögernden Signatarstaaten endlich zu einer übermächtigen Gegenfront zusammenzuschließen schien, gelang Hitler der Durchbruch durch die Isolierung und in eine neue Phase nun schon offen nationalsozialistischer Außenpolitik. Der äußere Wendepunkt liegt beim Abschluß des Flottenvertrags mit England, dessen Vorgeschichte nach Ausweis neueröffentlicher Quellen übrigens noch über ein Jahr, eigentlich bis 1933 zurückreicht.³⁷

Gewiß haben in der Folge besonders die revolutionären Aktionen anderer Diktaturen – im Abessinien- und Spanienkrieg – diese Entwicklung dann vielfach beschleunigt und verschärft. Aber den entscheidenden Einsatzpunkt für den Durchbruch durch die bedrohliche europäische Koalition der Stresafrent, für den Ausbruch aus der Isolierung, damit auch eine Voraussetzung für das Wagnis des

³⁶ Dies nach einem dankenswerten Hinweis von Dr. Krausnick.

³⁷ Vgl. neben Rosenberg [Seraphim] a. a. O., S. 18f. (Mai 1934) jetzt auch Erich Raeder a. a. O., Bd. 1, S. 282ff. Zum Flottenvertrag neuerdings grundlegend D. C. Watt, „The Anglo-German Naval Agreement of 1935: An Interim Judgment“, in: *The Journal of Modern History* 28 (1956), S. 155–175. Zu den englischen Motiven vgl. besonders Sir Samuel Hoare, *Neun bewegte Jahre*, Düsseldorf 1955, S. 115ff. Die besondere Bedeutung für den nationalsozialistischen Durchbruch betont auch Wolfgang Malanowski: „Das deutsch-englische Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 als Ausgangspunkt für Hitlers doktrinäre Bündnispolitik“, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 5 (1955), S. 416ff.

Rheinlandeinmarsches und für die lange vergeblich erstrebte Annäherung an Italien und zeitweise England, bildete doch jener englische Entschluß, auf die vertragswidrigen Luftwaffen- und Wehrpflichtgesetze vom März 1935 nicht mit der Verhängung von Sanktionen, sondern mit der Sanktionierung der vollzogenen Tatsachen und der Anerkennung der Vertragsfähigkeit Hitlers, z. T. auch mit dem Wunschglauben an die Zähmbarkeit des nationalsozialistischen Regimes zu antworten – und dies entgegen den kurz zuvor gefaßten Gegenbeschlüssen des Völkerbunds und ohne Beteiligung der Flottenmächte Frankreich und Italien. Den Hinweisen auf die Notwendigkeit einer verlässlichen Kontinuität der deutschen Außenpolitik, mit denen die diplomatischen Fachleute nationalsozialistischen Sonderaktionen glaubten entgegentreten zu können, war durch diesen bis dahin größten Erfolg der Boden entzogen; zugleich beschleunigte er den Aufstieg des Außenseiters Ribbentrop, der ihn auf seine Sonderverhandlungsaktivität verbuchen und gleichzeitig triumphierend auf den skeptischen Widerstand des Auswärtigen Amtes verweisen konnte.³⁸ Offensichtlich gab es andere, raschere und augenfällig erfolgreichere Wege als die Weiterverfolgung einer vertragsgemäßen Revisionspolitik Weimarer Prägung. Sie eröffneten überdies einen willkommenen Umgruppierungsprozeß in der Konstellation der europäischen Mächte, der die drohende Koalition des Mißtrauens von 1933/34 auflockerte und die internationalen Fronten in neue Bewegung setzte.

Es war dies erste Epochenereignis der Politik des *Appeasement*, aus dem die gekräftigten Ansätze der kriegsvorbereitenden Phase nationalsozialistischer Außenpolitik erwachsen konnten. Das Nichtfunktionieren der europäischen Koalition gegen Hitler, der nun Stück um Stück das transitorische Abschirmungskonzept durch die ursprünglichen Konzeptionen gewaltsamer Revision und schließlich Expansion ersetzte, trifft freilich nur die eine Seite der Beurteilung. Die Grundlage für den folgenden Ausgriff vermittelte jene innenpolitische Gesamtgleichschaltung, die, gewiß in enger Wechselwirkung mit dem Versagen internationaler Sicherungen, sich durch die Taktik scheinbaren Kontinuitäts- und Friedensstrebens zunächst abzuschirmen, auch offensichtliche Rückschläge hinzunehmen und dafür den rücksichtslos durchgesetzten Prozeß der inneren Machtbefestigung rasch voranzutreiben vermochte. Und dies so nachhaltig, daß der Eigenmächtigkeit nationalsozialistischer Außenpolitik in ihrem zweiten Stadium keine wirksamen Kontrollen mehr entgegenstanden und den fortdauernden, in jeder der künftigen Krisen erneut aufflackernden Widerstandsversuchen auch innerhalb des Auswärtigen Amtes kein Erfolg, kaum mehr bremsende Wirkung beschieden war.

Der Vorgang gewinnt dadurch über seine besondere geschichtliche Tragweite hinaus Bedeutung für eine Einsicht in die Rolle, die das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik im Übergangsprozeß vom parlamentarischen Rechtsstaat zum totalitären Herrschaftssystem moderner Prägung spielt. Die Berufung auf das außenpolitische Versagen der europäischen Mächte dem „Dritten Reich“ gegen-

³⁸ Craig a.a.O., S. 424f.

über trifft nur ein Moment in der Folge der Ursachen. Gewiß stehen dahinter gewichtige außenpolitische Gründe: man nehme die ganzen Folgewirkungen von Versailles. Aber die erste Voraussetzung für den Expansionskurs blieb doch das Gelingen der innenpolitischen Machtergreifung, die alle Kontrollen und Hemmungen beseitigte. Darin liegt ihre Bedeutung für eine Analyse der so viel spektakulärereren Ereignisse um den zweiten Weltkrieg. Kein Hinweis auf Schuld oder Scheitern der Policy of Appeasement kann von dieser deutschen Selbsterkenntnis entbinden, die den Blick immer von neuem auf die innere Umwälzung von 1933 zurücklenkt.

HANS W. GATZKE

STRESEMANN UND LITWIN

Vorbemerkung des Herausgebers: Es ist über die neuen Einsichten, die sich aus dem Stresemann-Nachlaß für bestimmte sachliche Probleme ergeben, schon mehrfach in den Vierteljahrsheften gehandelt worden, zweimal allein schon von dem Verfasser der hier abgedruckten Miscelle. Weder ihm noch den Herausgebern liegt an sich daran, zu den abträglichen Glossen beizutragen, die sich aus der Vereinzelung bestimmter biographischer Züge ergeben können. Erst in einer Gesamtwürdigung des Staatsmannes können sie ihren Platz finden. Ebenso wenig aber entspricht es der Linie der Zeitschrift, auf diesem Forschungsgebiet wie auf irgendeinem anderen, einen Artikel abzulehnen, der ein heikles Thema berührt, vorausgesetzt, daß die Behandlung wissenschaftlich einwandfrei ist wie im vorliegenden Fall und zugleich den Sinn für Proportionen nicht vermissen läßt.

H. R.

Wie kaum ein anderer Politiker der Weimarer Republik war Gustav Stresemann den offenen und versteckten Angriffen seiner politischen Gegner ausgesetzt, die in ihren Versuchen, seine Politik oder seine Person herabzusetzen, selbst vor den größten Verleumdungen nicht haltmachten.¹ Stresemann litt ganz besonders unter diesen fortwährenden Anfeindungen, da er von Natur aus sehr empfindlich war.² Im Laufe der Jahre erst gelang es ihm, wenigstens nach außen hin eine gewisse Souveränität gegenüber derartigen Angriffen zu zeigen. „Ich bin nicht jedem Narren für mein Tun Rechenschaft schuldig“, schrieb er 1923, „denn es gibt solcher Narren in einem 60 Millionenvolk immerhin ein gutes Dutzend. Meine Zeit ist mir aber

¹ Zu den öffentlichen Angriffen, besonders in der Rechtspresse, kamen die vielen anonymen Schmäh- und Drohbrieife, von denen Stresemanns unveröffentlichter „Nachlaß“ zahlreiche Beispiele enthält. Auch Stresemanns Familie wurde von diesen Verleumdungen betroffen. Vgl. Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Hrsg. Henry Bernhard (Berlin 1932–53), I, S. 322ff.; II, S. 95f.

² So konnte ihn bereits der Ton eines Briefes tief verletzen („In diesem Tone schreibe ich nicht einmal an mein Dienstmädchen“, Str. an Gen. v. Kessel, in Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, „Nachlaß des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann“, Mikrofilm, National Archives, Washington, D. C., container 3076, serial no. 6900, frame no. 135297, künftig zitiert als „Nachlaß“, 3076/6900/135297).